

Energiewende | 02.02.2022 | Nr. 41a/22

Heiner Rickers: Korrektur: Menschen bei der Energiewende nicht missionieren, sondern mitnehmen!

Bitte ausschließlich diesen Text verwenden, die vorherige PM zu diesem Thema wird zurückgezogen!

Heiner Rickers, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, zur Kritik des Naturschutz-Bündnisses:

„Mehr als drei Prozent der Landesfläche für Windkraft? Die Skepsis des Naturschutz-Bündnisses können wir gut nachvollziehen. Mit zwei Prozent Landesfläche ist das Land Schleswig-Holstein bereits gut und vorbildhaft aufgestellt. Und schon jetzt wird 60 Prozent mehr Energie produziert, als über die Landesgrenzen transportiert oder gespeichert werden kann.

Wie genau stellen sich die Befürworter für drei Prozent Landesfläche für Windkraft die Regelungen für die Abstände zur Wohnbebauung oder zu den Biotopen vor? Da hätten wir gerne einmal genaue Auskunft. Wir wollen die Windkraft weiter ausbauen und stärken, ohne die Abstände zur Wohnbebauung in Frage zu stellen.

Als Union machen wir ganz konkrete Vorschläge, wie der Windkraftausbau weiter gelingen kann. Dazu haben wir in unserem Programm folgendes festgehalten:

In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir die Regionalplanung nach Jahren der Unklarheit rechtssicher aufgestellt und damit für alle Beteiligten, Bürgerinnen und Bürger sowie Windmüllerinnen und Windmüller, Planungssicherheit geschaffen. Damit haben wir einen großen Beitrag für die Energiewende geleistet und dafür, den Klimaschutz in Deutschland weiter voran zu treiben. Wir haben dabei die Abstände zwischen Wohnbebauungen und Windkraftanlagen erhöht und festgeschrieben. 2,03 Prozent unserer Landesfläche sind nun Vorranggebiete für die Windkraft, die wir bestmöglich ausnutzen wollen. Dabei gehen wir im Rahmen dieser Kulisse mit dem zusätzlichen Repowering von Windkraftanlagen und der Nachverdichtung an möglichen Stellen einen großen Schritt nach vorn. In diesem Zusammenhang werden wir auch den Einsatz vertikaler Windkraftanlagen für die Verdichtung in Vorranggebieten prüfen und in Modellprojekten erproben. Die kommende Legislaturperiode wollen wir dazu nutzen, die im Rahmen des Abwägungsprozesses aufgrund der Belange des Artenschutzes und des Denkmalschutzes herausgefallenen Potenzialflächen neu zu bewerten, um dadurch weitere Flächen zu mobilisieren – ohne dabei die Abstände zur Wohnbebauung in Frage zu stellen. Zudem wollen wir

solche Flächenpotenziale stärker nutzen, die aufgrund ihrer Größe nicht in die Flächenkulisse aufgenommen wurden. Zudem wollen wir die Bürgerwindparks weiter stärken und das Engagement kommunaler Gebietskörperschaften und Versorgungsunternehmen unterstützen. So bleiben die Einnahmen in der Region und die Akzeptanz für die Klimaschutzmaßnahmen steigt.

Wir wollen prüfen, welche landesrechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben angepasst werden müssen, um das Repowering auch auf solchen Flächen zu ermöglichen, die nach Fertigstellung der Regionalplanung Wind aus der Gebietskulisse herausgefallen sind, jedoch in der Bevölkerung vor Ort eine hohe Akzeptanz ausweisen, ohne die Gültigkeit der Pläne im Sinne der größtmöglichen Planungssicherheit für den Ausbau der Windenergie zu gefährden.“